

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postkonten, Postämter und Geschäftsstellen sind zu bedienen. In jeder Zeit des Jahres können die Abbestellungen durch den Postboten erfolgen. Die Abbestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff, Postfach 1114.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Die 2spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 5 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 2 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 1 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 0,50 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 0,25 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 0,10 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 0,05 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 0,02 Pf. Die 1spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 0,01 Pf.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 196 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Montag, den 22. August 1932

Gleichberechtigung.

Für uns Deutsche ist die ganze Außenpolitik in eine Art Sommerschlaf versunken, da uns das Hemd näher ist als der Rock, unser wirtschaftliches Ergehen und die innenpolitische Entwicklung von heute bis morgen wichtiger erscheinen als das, was jenseits unserer Grenzen vor sich geht. Uns interessiert weder die Frage, ob nun in Südamerika der Krieg — um im Wappensitz zu reden — so lange zu Wasser geht, bis er ausbricht, oder ob sich der Kriegsgott, an dem so wenig Göttliches ist, rechtzeitig von bannen begibt. Ebenso gefast sehen wir dem Bericht der Völkervereinigung entgegen, die man nach der Mandatschüre geschickt hat, um festzustellen, ob der Japaner im Recht oder im Unrecht ist; höchstens kann man bedauern, daß bei diesem Komödientenspiel ein Deutscher beteiligt, also auch mitverantwortlich für das „Ergebnis“ ist. Für Deutschland ist die Außenpolitik, seit sie durch die Lausanner Konferenz und deren unmittelbaren Folgeerscheinungen eindeutig beleuchtet wurde, in eine Art Stagnation eingetreten; denn schließlich läßt sich an der Tatsache zur Zeit gar nichts ändern, daß um die beiden in recht nahe Beziehungen getretenen Hauptmächten Frankreich und England die europäische „Sternenwelt“ in zwangsmäßig festgelegten Bahnen kreist und es als große Störung betrachtet und als grobe Störung behandelt wird, wenn plötzlich ein Kometa dazwischenfliehet.

Erst hatte der deutsche Reichswehrminister außenpolitisch mit seiner bekannten Rundfunkrede ein bisheriges Leben in die Bude“ gebracht, und nun tat der Reichskanzler das gleiche in einem Interview, das er einem englischen Vertreter der Reuters-Agentur gewährt hatte. Er hatte in der Hauptsache zwar innenpolitische Erklärungen abgegeben, war aber doch mit ein paar Andeutungen auch darauf zu sprechen gekommen, daß er seine bereits in Lausanne versuchte Politik des Kampfes gegen die „Diskriminierungen“ Deutschlands durch die Versailler Bestimmungen unbeirrt fortsetzen werde, also der Politik des Kampfes um Erringung der vollen Gleichberechtigung für Deutschland. Herr v. Papen hatte neben der Forderung nach Sicherheit für Deutschland auch andeutend die Kolonialfrage gestreift, in der diese unterschiedliche Behandlung zu Ungunsten Deutschlands ebenfalls unzweifelhaft vorliegt.

Deutschland hat weder den Wunsch noch die Absicht zu rüsten, aber es will, daß die anderen Nationen ihr Versprechen, abzurufen, auch halten“, sonst werde die Reichsregierung eben die für unsere Sicherheit notwendigen Maßnahmen in dem Sinne ergreifen, wie sie von General v. Schleicher unmissen sind: eine Umorganisation der Reichswehr. Und die amtliche französische Depeschagentur verbreitet die Nachricht, die Reichsregierung sei entschlossen, in Paris und London entsprechende diplomatische Schritte zu tun, weil sie der Ansicht sei, die öffentliche Meinung in Deutschland verlange unbedingt eine Aussprache und Entscheidung in dieser lebenswichtigen Frage unserer Sicherheit. Ein schwaches Element aus der Wilhelmstraße wendet sich nun dagegen, daß solche Schritte tatsächlich schon geschehen seien, demerit also nicht die Absicht hierzu, — aber das hat schon genügt, um in Frankreich sofort die Kapitalkwächter des Versailler Diktats zu eifrigem Schmatzen zu veranlassen. Da dies ganz einseitig und wie auf Kommando geschieht, so darf man wohl vermuten, daß im französischen auswärtigen Amt auf den Presseknopf gedrückt worden ist.

Man hört als Deutscher hierbei natürlich nur die alten Argumente“, die durch Wiederholung nicht richtiger und besser werden. Höchstens ist eines dabei, das bisher nicht gebraucht wurde: die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland machten zur Zeit eine deutsch-französische Verhandlung über die „militär-politischen“ Fragen ganz unmöglich, eher noch gefährlich, jedenfalls aber völlig aussichtslos. Denn immer hätten die Deutschen die ganze Hand verlangt, wenn ihnen auch nur ein Finger hingehalten würde; wenn man ihnen „Konzessionen“ gemacht hätte, so wären sofort neue Forderungen aufgestellt worden, die sich gegen den Versailler Vertrag richteten. Nach der Rheinlandräumung die Annullierung der Reparationen, dann die Rüstungsfreiheit und jetzt gar noch die Rückgabe der Kolonien! Dann bleibe nur noch die Forderung nach einer Revision der in Versailles festgelegten Grenzen!

O nein, diese letzte Forderung ist schon immer erhoben worden, seitdem die „Sieger“ mit grausamen Messern an Deutschlands Körper herumgehauen, ganze Glieder abtrennten und diese Wunden weiterbluten. Daß Frankreich ebenso wie England sich dem Verlängerer Deutschlands nach kolonialpolitischer Gleichberechtigung schärfstens widersetzen werden, wissen wir nur allzu genau, — aber auch dadurch wird Unrecht und Gewalttat noch lange nicht zu Recht! Ob der Völkervereinigung hier dazwischenzuzwischen und die „Mandatsfrage“ regeln könnte, ist gleichgültig, da wir wissen, daß man es in Genf selbst dann nicht tun würde, wenn man dort dazu das Recht besäße. Was aus unserem Recht wird, das zeigt ja mit absoluter Unzweifelhaftigkeit die Behandlung der Abrüstungsfrage. Auf dem Postament des Denkmals in Paris, das die

Große Politik im Sommer

Der Parlamentskampf setzt ein.

Mit der neuen Woche treten wir in einen Zeitabschnitt ein, der wohl wieder recht lebhaft politische Auseinandersetzungen bringen wird. Am 30. August wird der neue Reichstag eröffnet und am 1. September wird der Preussische Landtag zusammentreten, um wieder Versuche zu einer Regierungsbildung zu unternehmen. Die Vorbereitungen für diese wichtigen Parlamentstage werden im wesentlichen in dieser Woche durchgeführt. Reichstag und Preussischer Landtag stehen heute im Mittelpunkt des politischen Kampfes und des politischen Rätselratens. Wie die Dinge im Reichstag und im Landtag sich entwickeln werden, kann heute noch niemand sagen. Von Preußen ist so viel bekannt, daß

Berhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum

Iber die Wahl eines Ministerpräsidenten bevorstehen. Zentrum und Nationalsozialisten scheinen sich heute einig zu sein in dem Wunsch, daß der von der Reichsregierung in Preußen eingesetzte Reichskommissar verschwinden soll. Die beiden Parteien haben sich schon gegenseitig ihre Wünsche und Bedingungen für ein Zusammengehen mitgeteilt. Worin diese bestehen, wird von den Beteiligten natürlich nicht gesagt. Das Zentrum hat übrigens den Wunsch geäußert, daß die Landtagsöffnung um einige Tage verschoben werde, da am 31. August und 1. September in Essen der Deutsche Katholikentag stattfindet, bei dem wie immer alle Zentrumsabgeordneten anwesend sein wollen. Wie verlautet, soll die Wahl eines Ministerpräsidenten noch nicht auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen, man will sich zunächst mit der Einsetzung des Reichskommissars und mit den politischen Ausschreitungen der letzten Wochen beschäftigen. Von der Linken liegt übrigens der Antrag vor, die SA-Formationen aufzulösen.

Stärkerem Interesse begegnet natürlich

die Eröffnung des neuen Reichstags.

Denn dort wird der Kampf zwischen der Reichsregierung und dem Reichsparlament ausgespielt werden, ein Kampf, dessen Ausgang von sehr weittragenden Folgen für unser ganzes politisches Leben sein kann. Herr v. Papen wird mit seinem Aufbauprogramm vor den Reichstag treten und die Parteien vor die Entscheidung stellen. Was Herr v. Papen tun wird, wenn der Reichstag sein Programm ablehnt, oder wenn er einen Mißtrauensantrag gegen den Kanzler annimmt, weiß außer den Regierungsmitgliedern wohl niemand. Wenige Tage vor dem Reichstagszusammentritt wird der Kanzler sein Programm in großen Zügen der Öffentlichkeit bekanntgeben.

Er wird dies auf einer Versammlung der westfälischen Bauernvereine am 28. August in Münster i. W. tun. Vorher sollen keine Einzelheiten dieses Programmes an die Öffentlichkeit gegeben werden. Die Bepfechtungen der Reichsregierung mit dem Reichsbankpräsidenten über die Beschaffung der Geldmittel für das Arbeitsbeschaffungsprogramm haben, wie von unabhängiger Stelle mitgeteilt wird, zu einer Einigung ab-

führt. Bekanntlich waren anfänglich einige Schwierigkeiten wegen der Mittelbeschaffung entstanden, da der Reichsbankpräsident zunächst gewisse Bedenken hatte. Diese Bedenken sind nun beseitigt, so daß die Beschaffung des Geldes gesichert ist.

Im Reichstag fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Löbe eine Sitzung der Fraktionsführer statt, in der

die Plätzeverteilung

vorgenommen und die Vorbereitungen für die erste Sitzung getroffen wurden. Der beim Zusammentritt des Reichstages die Verhandlungen leiten wird, steht noch nicht fest. Über die Erkrankung von Frau Zetlin liegen direkte Meldungen aus Moskau nicht vor. Man glaubt, Mitte der nächsten Woche Genauereres darüber erfahren zu können. Präsident Löbe hat die Fraktionen gebeten, ihm die Mitglieder für den nächsten Ausschussrat zu benennen, ebenso hat er gebeten, recht bald die Mitglieder der Fraktionen für den ersten Ausschuss des Reichstages, nämlich den Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, und für den auswärtigen Ausschuss des Reichstages auszuwählen, damit diese beiden Ausschüsse, die als Organe des Reichstages auch in Zeiten in Frage kommen, in denen das Parlament selbst nicht versammelt ist, für den Notfall möglichst bald zur Verfügung stehen.

Dann wurde die vom Büro des Reichstages vorgeschlagene Plätzeverteilung genehmigt. Im Plenarsaal sind die bisher noch bestehenden Plätze der Abgeordneten besetzt worden; nur die in der ersten Reihe sitzenden Fraktionsführer behalten noch Plätzchen. Dadurch sind 28 Plätze gewonnen worden; die außerdem noch fehlenden drei Plätze wurden an den Wänden des Saales neu geschaffen. Die ganze rechte Seite bis in den dritten Sektor hinein nehmen künftig die Nationalsozialisten ein. Sie haben fünf Plätze in der vordersten Reihe. Schmale Sektoren haben daneben dann die Deutschen Nationalen und die Bayerische Volkspartei, die je einen Vorderplatz bekommen. ziemlich weit nach links rückt das Zentrum mit zwei Vorderplätzen, dann folgen die Sozialdemokraten mit drei und auf der linken Seite die Kommunisten mit zwei Sitzen in der vordersten Reihe. Spalterparteien sind diesmal in den mittleren Sektor zwischen Bayerische Volkspartei und Deutschnationale gerückt. Die Deutschnationalen haben auch noch Plätze im mittleren Sektor bekommen. Die Staatspartei hat ihre vier Plätze hinter den Sozialdemokraten. Der Saal ist nunmehr voll ausgenutzt. Die Schaffung weiterer Plätze für eine noch stärkere Abgeordnetenzahl erscheint so gut wie unmöglich. Der Saal war ursprünglich für 397 Abgeordnete gebaut. Er umfaßt jetzt 608 Plätze.

Reichskanzler von Papen hat, wie wir hören, den Wunsch, unmittelbar nach der Wahl des Präsidiums des Reichstages mit dem neuen Altpräsidenten über die weitere parlamentarische Arbeit zu beraten. Man nimmt deshalb in parlamentarischen Kreisen an, daß nach den beiden ersten mehr formellen Sitzungen des Reichstages eine mindestens mehrtägige Pause eintritt, während der der Reichskanzler mit den Parteien die weitere Arbeit vorbereiten kann.

Frankreichs schlechtes Gewissen.

Paris, 21. August. Die Pariser Presse befaßt sich weiter sehr eingehend mit der deutschen Gleichberechtigungsforderung, die als deutsche „Rüstungsoffenbarung“ bezeichnet wird. Die „Liberte“ stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob der englische Ministerpräsident Macdonald dem Reichskanzler von Papen versprochen habe, seine Forderungen zu unterstützen. Nach gewissen Informationen

habe Herr von Papen in Lausanne eine Verstärkung der Reichswehr um 50 000 Mann verlangt.

Wenn zwischen London und Berlin ein „Gentleman - Agreement“ bestehen sollte, und wenn Macdonald etwa versprochen habe, Frankreichs Zustimmung zu beschaffen, dann stehe man vor ernstlichen Schwierigkeiten.

Ministerpräsident Herriot wird sich demnächst auf Einladung des englischen Innenministers Sir Herbert Samuel zu einem kurzen Aufenthalt nach der Kanalinsel Guernsey begeben. Es wird besonders hervorgehoben, daß die Reise „keinen politischen Charakter“ trage.

Statue der 1871 „geraubten“ Stadt Straßburg zeigt, ist der bekannte Satz eingeträgt: „Nicht davon sprechen, immer daran denken“. Wie jede allgemeine Weisheit ist auch diese nur halb richtig. Bisweilen ist es nötig, daß wir „davon“ sprechen, damit die anderen es nicht vergessen, — unser Recht nämlich!

Deutschenschwähungen in Frankreich.

Paris, 21. August. Der Präsident der Republik Lebrun, führte heute bei der Feier der Einweihung eines Denkmals zur Erinnerung an die Verteidigung der Stadt Longwy den Vorsitz. Während die Ansprache des Präsidenten der Republik eine Art Erinnerung an die Geschichte der Stadt war, besonders in der Kriegszeit,

unterließ es der Bürgermeister Dr. Coliez in seiner Rede nicht, bei der Kriegsgeschichte der Stadt Longwy von den Deutschen wörtlich als von den Barbaren zu sprechen und zu behaupten, daß die Deutschen im August 1914 in schamloser Weise in Luxemburg schwere Geschäfte aufgestellt hätten trotz der Luxemburger Neutralität.

Senator Michel beteuerte in seiner Rede, die Grenzbesetzung könne niemals ein Zeichen von Angriffslust sein. Pensionsminister Berthoud, der bei der Feier die Regierung verttrat, sprach sodann für die allgemeine Veröhnung der Völler und erinnerte in diesem Zusammenhang an Briand.

Admiral Jenker kehrt heim zum Meer.

Ostsee, 21. August. Für den verstorbenen früheren Chef der Marineleitung, Admiral Jenker, findet eine Trauerfeier in seinem letzten Wohnsitz Ostsee im Park am Dienstag, dem 23. August, 13 Uhr statt. Die Leiche wird danach eingeschifft. Die Asche wird auf Wunsch des Verstorbenen in die Nordsee versenkt werden.